

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und
Sicherheit (Optionstermin)
vom 21.07.2026**

Anwesend:

Vorsitz

Knöppel, Bernd

Bürgermeister

**Vertretung für Dr.
Nicolas Meyer**

(stimmberechtigte)

Fronczek, Uwe

FWG

Hamm, Claus

FWG

Merz, Sabine

FWG

Mester, Tanja

FWG

Mieger, Fabian

FWG

**Vertretung für Herrn
Horwedel, Christian**

Sturm, Charis

FWG

Baldauf, Christian

CDU

Rößler, Paul

CDU

Schuff, Martin

CDU

Trapp, Hartmut

AfD

Wagner, Reiner

AfD

**Vertretung für Herrn
Marx, Frank Hans Josef**

Höppner, Aylin

SPD

Schiffmann, Dieter, Dr.

SPD

**Vertretung für Frau
Magali Leidig-
Petermann**

Bruder, Gerhard, Dr.

Die Grünen/Offene Liste

(nicht stimmberechtigte)

Bogs, Paul

Verwaltung

Bulling, Sandra, Dr.

Verwaltung

Degünther, Eva

Verwaltung

Hajrizaj, Mustafa

Verwaltung

Hoppe, Julia

Verwaltung

Jurthe-Podolak, Anja

Verwaltung

Kalafat, Vildan

Verwaltung

Kattler, Matthias, Dr.

Verwaltung

Scherrer, Volker

Verwaltung

Seifert, Thorsten Oliver

Verwaltung

Vinyard, Janine

Verwaltung

Es fehlen entschuldigt:

Vorsitz

Meyer, Nicolas, Dr.

Oberbürgermeister

(stimmberechtigte)

Horwedel, Christian

FWG

Marx, Frank Hans Josef

AfD

Leidig-Petermann, Magali

SPD

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr Ende der Sitzung: 18:32 Uhr

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Personal und Sicherheit waren durch Einladung vom 09.07.2026 und mit geänderter Tagesordnung vom 16.07.2026 auf Dienstag, den 21.07.2026 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 7.2 wurden in öffentlicher Sitzung, die Tagesordnungspunkte 8 bis 18.2 in nichtöffentlicher Sitzung im Sitzungssaal im JM-Center, Nachtweideweg 1-7, behandelt. Im Anschluss wurden die Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekanntgegeben.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

BM Bernd Knöppel
(Vorsitzender)

Janine Vinyard
(Schriftführerin)

Tagesordnung

Mit Zustimmung der Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Personal und Sicherheit nimmt Bürgermeister Knöppel folgende Vorlagen, sowie eine Anfrage und einen Antrag der CDU - Stadtratsfraktion auf die Tagesordnung auf:

„XVIII/1621 – Einstellung “ als TOP 9.1

„XVIII/1630 – Einstellung “ als TOP 9.2

„XVIII/1631 – Einstellung “ als TOP 9.3

„XVIII/1632 – Entfristung “ als TOP 18.1

„XVIII/1633 – Entfristung “ als TOP 18.2

Antrag der CDU – Stadtratsfraktion „XVIII/1623 - Bäder und Parken GmbH als alternativer Betreiber für den Fahrrad-Parkturm am Bahnhof“ als TOP 7.1

Anfrage der CDU - Stadtratsfraktion „XVIII/1584 – Situation an der Tom-Mutters-Schule“ TOP 7.2

Bürgermeister Knöppel ruft TOP 7.2 „XVIII/1584 – Situation an der Tom-Mutters-Schule“ als ersten TOP auf.

Öffentliche Sitzung

Vorlagen der Verwaltung

1. Einleitungsbeschluss Einzelbaum Nachpflanzungen
Vorlage: XVIII/1587
2. Projekt 1139 - Neubau Rettungswache Speyer, hier: Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: XVIII/1596
3. Zustimmung zur Annahme von Spenden und Sponsoringleistungen gem. § 94
Vorlage: XVIII/1449
4. FIT Frankenthal in Transformation
Vorlage: XVIII/1580

Mitteilungen und Berichte der Verwaltung

5. Eingeleitete Vergaben über 100.000 €
Vorlage: XVIII/1588
6. Zuschüsse zur Anmietung von Räumlichkeiten in Frankenthal (Pfalz)
hier: Zuschüsse 2023 bis 2025
Vorlage: XVIII/1574

Anträge der Fraktionen

7. Vision FT und den einzelnen Handlungsfeldern
hier: Antrag der SPD - Stadtratsfraktion
Vorlage: XVIII/1607

- 7.1. Bäder und Parken GmbH als alternativer Betreiber für den Fahrrad-Parkturm am Bahnhof
hier: Eilantrag der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVIII/1623
- 7.2. Situation an der Tom-Mutters-Schule
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Vorlage: XVIII/1584

Nichtöffentliche Sitzung

Grundstücks- und Personalangelegenheiten

Öffentliche Sitzung

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung



Aktenzeichen: 612/we

Datum:

Hinweis:

Einleitungsbeschluss Einzelbaum Nachpflanzungen

Beratungsergebnis:

Gremium AFPS	Sitzung am 21.07.2026	Top 1	Öffentlich: ☒	Einstimmig: ☒	Ja-Stimmen:
			Nichtöffentlich: ☐	Mit Stimmenmehrheit: ☐	Nein-Stimmen:
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
☒	☐	☐	☐		
Abdruck an: 61					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Die von der Abteilung Stadt- und Grünplanung vorbereiteten Ausschreibungen zu 108 Baumnachpflanzungen in Frankenthal West, im Straßenraum sowie auf städtischen Flächen, wie z. B. Grünanlagen, werden veröffentlicht. Die Standorte beruhen auf Standorten aus dem Nachpflanzkonzept.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Vergaben mit dem geschätzten Kostenrahmen von insgesamt rd. 671.710,- € bzw. Brutto 799.334,90 € durchzuführen.



Aktenzeichen: 371 / sch

Datum:

Hinweis:

Projekt 1139 - Neubau Rettungswache Speyer, hier: Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe

Beratungsergebnis:

Gremium AFPS	Sitzung am 21.07.2026	Top 2	Öffentlich:	☒	Einstimmig:	☒	Ja-Stimmen:	
					Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	☐	Stimmenmehrheit:	☐	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:			
☒	☐	☐	☐					
Abdruck an: 37								

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Bei Produkt 126107 (Rettungsdienst), Projekt 1139 (Finanzierung von Rettungswachen im Rettungsdienstbereich LU hier: Neubau Rettungswache Speyer) wird der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 40.814,42 € zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch die investiven Kontierungen 128001.091 DK 9037, 126101.019 ohne DK-Anbindung und 128001.091 Projekt 1143, bei denen noch unverbrauchte bzw. übrige Mittel aus 2025 bestehen.



Aktenzeichen: A-S/KI

Datum:

Hinweis:

Zustimmung zur Annahme von Spenden und Sponsoringleistungen gem. § 94**Beratungsergebnis:**

Gremium AFPS	Sitzung am 21.07.2026	Top 3	Öffentlich: ☒	Einstimmig: ☒	Ja-Stimmen:
			Nichtöffentlich: ☐	Mit Stimmenmehrheit: ☐	Nein-Stimmen:
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
☒	☐	☐	☐		
Abdruck an: A-S					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

Die nachfolgenden Gelder werden zweckgebunden für das „STADTRADELN 2026“ gem. § 94 Abs. 3 GemO durch die Stadt Frankenthal (Pfalz) angenommen:

1. Geldspende der Vereinigten VR Bank Kur- und Rheinpfalz eG, Bahnhofstr. 19, 67346 Speyer in Höhe von 500,00€

2. Sponsoring (Sachleistungen) der Fahrrad Gruber GmbH, Speyerer Str. 37, 67227 Frankenthal über 13 Sachgegenstände im Wert von 451,35€

3. Spende der Sparkasse Rhein-Haardt, Philipp-Fauth-Straße 9, 67098 Bad Dürkheim. Für drei weiterführenden Schulen und drei Grundschulen mit den meistgefahrenen Kilometern stellt die Sparkasse Klimaschutzpreise in einem Gesamtwert von 2.500 Euro. Hieran teilnehmen können die Schulen im Landkreis Bad Dürkheim sowie den Städten Neustadt an der Weinstraße und Frankenthal.

4. Sponsoring des ADFCs Frankenthal, als 5 Fahrradtouren im Zeitraum des STADTRADELNs mit jeweils 7 Personen pro Fahrt in Frankenthal (3€ pro Person)

Im Gegenzug für das Sponsoring wird den Unternehmen zugesagt, in Flyern, auf Plakaten, in Pressemeldungen, dem Webauftritt und den Veranstaltungen als lokale Unterstützer geführt zu werden.



Aktenzeichen: 11/De

Datum:

Hinweis:

F!T Frankenthal in Transformation

Beratungsergebnis:

Gremium AFPS	Sitzung am 21.07.2026	Top 4	Öffentlich: ☒	Einstimmig: ☐	Ja-Stimmen: ☐
			Nichtöffentlich: ☐	Mit Stimmenmehrheit: ☐	Nein-Stimmen: ☐
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
☐	☒	☐	☐		
Abdruck an: 11					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Der Stadtrat stimmt der als Anlage 1 beigefügten Vision der Stadtverwaltung Frankenthal zu.
2. Der Stadtrat stimmt den dargestellten Handlungsfeldern mit strategischen Zielen als langfristigem Orientierungsrahmen für die zukünftige Entwicklung der Stadtverwaltung Frankenthal grundsätzlich zu.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der Vision und der strategischen Ziele die Umsetzungsphase des Projektes „F!T – Frankenthal in Transformation“ vorzubereiten und die strategischen Ziele schrittweise in konkrete Maßnahmen, Projekte, Kennzahlen und Prioritäten zu überführen.
4. Die Verwaltung berichtet den zuständigen politischen Gremien regelmäßig über den Fortgang des Strategie- und Umsetzungsprozesses.

Protokoll:

Ausschussmitglied Dr. Schiffmann möchte das über die einzelnen Punkt des Antrags der SPD getrennt abgestimmt wird.

Die Abstimmung erfolgt gemeinsam mit den Punkten der Beschlussdrucksache.

Abstimmung zu Punkt 1:

Die Ergänzung der Vision wird mit drei Ja-Stimmen und 12 Nein- Stimmen abgelehnt.

Punkt eins wird ohne Änderung beschlossen.

Abstimmung zu Punkt 2:

Änderung Zielvorgabe wird mit drei Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt zwei wird ohne Änderung beschlossen.

Abstimmung zu Punkt 3:

Neues Handlungsfeld wird mit wird mit drei Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt drei wird ohne Änderung beschlossen.

Punkt 4 wird einstimmig beschlossen.



Aktenzeichen: 104 Bo

Datum:

Hinweis:

Eingeleitete Vergaben über 100.000 €

Beratungsergebnis:

Gremium AFPS	Sitzung am 21.07.2026	Top 5	Öffentlich: ☒	Einstimmig: ☐	Ja-Stimmen: ☐
			Nichtöffentlich: ☐	Mit Stimmenmehrheit: ☐	Nein-Stimmen: ☐
Laut Beschlussvorschlag: ☐	Protokollanmerkungen und Änderungen ☐	Kenntnisnahme: ☒	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt: ☐	Unterschrift:	
Abdruck an: 104					

Die Verwaltung berichtet:

Entsprechend § 6 (4) Nr. 7 der Zuständigkeitsordnung für den Stadtrat, seine Ausschüsse und den Oberbürgermeister der Stadt Frankenthal (Pfalz) in der Fassung vom 06.06.2025 wird über die vergebenen Aufträge über 100.000 € und deren Auftragsvolumen berichtet.

In der Anlage sind die vergebenen Aufträge dargestellt für die keine separaten Beschlussdrucksachen erstellt wurden.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Dr. Nicolas Meyer
Oberbürgermeister



Aktenzeichen: 101/Hau

Datum:

Hinweis:

**Zuschüsse zur Anmietung von Räumlichkeiten in Frankenthal (Pfalz)
hier: Zuschüsse 2023 bis 2025****Beratungsergebnis:**

Gremium AFPS	Sitzung am 21.07.2026	Top 6	Öffentlich: ☒	Einstimmig: ☐	Ja-Stimmen: ☐
			Nichtöffentlich: ☐	Mit ☐	Nein-Stimmen: ☐
				Stimmenmehrheit: ☐	Enthaltungen: ☐
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
☐	☐	☒	☐		
Abdruck an: 101					

Die Verwaltung berichtet:

Mit Änderung der Zuständigkeitsordnung vom 17.05.2017 berichtet die Verwaltung dem Haupt- und Finanzausschuss, jetzt Ausschuss für Finanzen, Personal und Sicherheit, zweimal jährlich über die gewährten Zuschüsse für die Anmietung von Räumlichkeiten in Frankenthal (Pfalz). In der Anlage sind diese aufgelistet.

STADTVERWALTUNG FRANKENTHAL (PFALZ)

Dr. Nicolas Meyer
Oberbürgermeister



Aktenzeichen: SPD

Datum:

Hinweis:

**Vision FT und den einzelnen Handlungsfeldern
hier: Antrag der SPD - Stadtratsfraktion****Beratungsergebnis:**

Gremium AFPS	Sitzung am 21.07.2026	Top 7	Öffentlich: ☒	Einstimmig: ☐	Ja-Stimmen: ☐
			Nichtöffentlich: ☐	Mit Stimmenmehrheit: ☐	Nein-Stimmen: ☐
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
☐	☒	☐	☐		
Abdruck an: 11					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Meyer,

wir beantragen folgende u. a. Ergänzungen der Vision FT:

1. Die ‚Vision‘ wird ergänzt um einen neuen Absatz nach Absatz 1:

Wir beraten, unterstützen und setzen verlässlich um

Wir bringen unseren Sachverstand aktiv ein. Wir arbeiten mit an der Formulierung der strategischen Ziele, die die politische Führung - Stadtrat, Stadtvorstand und Oberbürgermeister - vorgibt. Nach sorgfältiger und lösungsorientierter Prüfung setzen wir diese Ziele verlässlich und transparent in Verwaltungshandeln um. Wir verstehen uns als kompetenter Dienstleister für den Stadtrat und seine Gremien, die in ihrem Verantwortungsbereich durch die Bürgerinnen und Bürger legitimiert sind, gleichzeitig aber auch ausgerichtet sind auf Erhalt oder Schaffung politischer Mehrheiten. Ihre Kontrollfunktion sehen wir als Ansporn. Sie bestärkt uns darin, offen, nachvollziehbar und wirkungsvoll im Interesse der Menschen in unserer Stadt zu handeln.

Begründung:

Der vorliegende Text befasst sich nur mit den internen Prozessen der Verwaltung (Führung, Werte, Arbeitsumfeld), dem Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern (Beteiligung, Dienstleisterin). Es entsteht der Eindruck, als könne die Verwaltung völlig autonom handeln, als gebe es nur die Verwaltung auf der einen und die Bürgerschaft bzw. die Stadtgesellschaft auf der anderen Seite. Es fehlt eine Thematisierung der Einbindung der Verwaltung in das kommunalpolitische Umfeld, in dem die politische Führung (Stadtrat und seine Gremien, Stadtvorstand und Oberbürgermeister) nicht nur die großen strategischen Ziele und Richtlinien vorgibt,

sondern zum Teil kleinteilig Aufträge erteilt. Hinzu kommt alltagswirksam, dass der Sitzungskalender des Stadtrats Geschwindigkeit und Etappen des Verwaltungshandelns wesentlich bestimmt. Die politische Führung, die auch im Rahmen der Personalhoheit über Karrieren entscheidet, ist durch Wahlen im Gegensatz zur Verwaltung politisch legitimiert, steht dabei aber immer kurz- und mittelfristig unter dem Druck, politische Mehrheiten zu sichern oder zu erringen. Nicht ohne Bedeutung ist zudem die Kontrollfunktion des Rats gegenüber der Verwaltung, wie intensiv (und manchmal wohl auch nervig) sie wahrgenommen wird. Der Formulierungsvorschlag versucht, dieses Spannungsverhältnis positiv im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Verwaltung aufzulösen.

2. Änderung Zielvorgaben HF 4 (Digitale Verwaltung)

Die Zielvorgaben 1 und 2 werden auf 2028, Ziel 3 auf 2030 geändert

Die bisherigen Vorgaben sind völlig unambitioniert. Wieso braucht es neun Jahre bis wir eine resiliente IT haben? Warum erst 2030 ein „ausgezeichneter Verwaltungsservice“; und in der Zwischenzeit schlechter Service?

3. Neues Handlungsfeld ‚Integration‘

Bei rd. einem Drittel Einwohner mit Migrationshintergrund stellt die Integration der aus dem Ausland zuwandernden Einwohner ein viele Handlungsbereiche betreffende Herausforderung eigener Art dar (z.B. Bildung/Ausbildung, Arbeitsmarkt, Sozialleistungen, Wohnungsmarkt, ausländerrechtliche Betreuung, Einbürgerungen). Es sollte daher ein eigenes Handlungsfeld ‚Integration‘ aufgenommen werden

Mit freundlichen Grüßen
gez.
Höppner
(Vorsitzende)

Stellungnahme der Verwaltung:

Vorbemerkung

Die Verwaltung bedankt sich für die eingebrachten Anregungen. Sie zeigen das Interesse des Stadtrates an einer tragfähigen strategischen Ausrichtung der Stadtverwaltung.

Die vorliegende Vision sowie die strategischen Ziele sind das Ergebnis eines mehrmonatigen, strukturierten Strategieentwicklungsprozesses. Sie wurden gemeinsam durch die Strategieguppe unter Beteiligung aller Dezernate, Fachbereiche, der Verwaltungsleitung sowie unter externer fachlicher Begleitung erarbeitet und in mehreren Workshops kontinuierlich weiterentwickelt. Der Prozess sah bewusst mehrere Beteiligungs- und Abstimmungsschleifen vor und wurde fortlaufend mit dem Stadtvorstand rückgekoppelt.

Die Vision versteht sich ausdrücklich als verwaltungsinternes Zukunftsbild. Sie beschreibt das Selbstverständnis, die Haltung und die strategische Entwicklungsrichtung der Verwaltung. Sie ersetzt weder die kommunalverfassungsrechtlichen Zuständigkeiten noch verändert sie die bestehenden Verantwortlichkeiten zwischen Stadtrat, Stadtvorstand und Verwaltung.

Zu 1. Ergänzung der Vision um den Abschnitt „Wir beraten, unterstützen und setzen verlässlich um“

Die Verwaltung empfiehlt, den vorgeschlagenen Ergänzungstext nicht aufzunehmen.

Begründung

Die Rolle der Verwaltung im Verhältnis zu Oberbürgermeister, Stadtvorstand und Stadtrat ergibt sich bereits eindeutig aus der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz sowie den bestehenden kommunalverfassungsrechtlichen Regelungen. Diese Rollenverteilung ist rechtlich klar definiert und bedarf keiner erneuten Darstellung innerhalb einer strategischen Vision.

Die Vision verfolgt einen anderen Zweck. Sie beschreibt das gemeinsame Selbstverständnis der Verwaltung, ihre Werte sowie den angestrebten Entwicklungszustand in den kommenden Jahren. Sie soll Orientierung für Mitarbeitende geben und den kulturellen Wandel unterstützen.

Die Zusammenarbeit mit den politischen Gremien ist dabei bereits mittelbar berücksichtigt. Die Vision betont insbesondere

- verantwortungsvolles Handeln,
- Transparenz,
- Verlässlichkeit,
- Dialog,
- Beteiligung,
- strategisches Arbeiten sowie
- die konsequente Ausrichtung am Gemeinwohl.

Aus Sicht der Verwaltung würde eine ausdrückliche Beschreibung des kommunalverfassungsrechtlichen Verhältnisses innerhalb der Vision deren eigentlichen Charakter als strategische Zielrichtung verwässern.

Eine Ergänzung wird daher nicht empfohlen.

Zu 2. Anpassung der Zieljahre im Handlungsfeld Digitale Organisation

Die Verwaltung empfiehlt, die vorgeschlagenen Zieljahre nicht anzupassen.

Begründung

Die Zieljahre wurden bewusst differenziert gewählt und orientieren sich an der tatsächlichen Umsetzbarkeit sowie an den vorhandenen personellen, finanziellen und technischen Ressourcen.

Das Zieljahr „2030“ beschreibt dabei ausdrücklich nicht den Beginn eines guten Verwaltungsservices, sondern den Zeitpunkt, zu dem ein flächendeckend einheitlicher und messbar ausgezeichneter Verwaltungsservice vollständig etabliert sein soll.

Bereits heute werden kontinuierlich Verbesserungen umgesetzt. Die Qualitätsentwicklung erfolgt schrittweise und priorisiert. Parallel wird derzeit eine Digitalisierungsstrategie aufgebaut sowie ein zentrales Projekt- und Prozessmanagement eingeführt, um Digitalisierung strukturiert und nachhaltig voranzutreiben.

Auch der Aufbau einer resilienten Informationstechnologie stellt einen langfristigen Transformationsprozess dar. Hierzu gehören unter anderem

- Modernisierung der Infrastruktur,
- Cloud-Strategien,
- Cybersicherheit,
- Datenschutz,
- Notfallmanagement,
- Automatisierung,
- kontinuierliches Monitoring sowie
- organisatorische Veränderungen.

Diese Maßnahmen bauen aufeinander auf und setzen erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen voraus. Wichtige Voraussetzungen wie ausreichend leistungsfähige Speicher, Server und Rechenzentren sowie die Entwicklung und Implementierung notwendiger Technologien und Sicherheitsmaßnahmen müssen erst in den kommenden Jahren systematisch aufgebaut und optimiert werden. Nach Einschätzung der zuständigen Informationstechnik ist ein früheres Zieljahr unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht realistisch und zukunftsfähig.

Die Verwaltung empfiehlt daher, an den vorgeschlagenen Zieljahren festzuhalten.

Zu 3: Neues Handlungsfeld „Integration“

Die Verwaltung empfiehlt, kein eigenständiges Handlungsfeld „Integration“ aufzunehmen.

Begründung

Die Bedeutung von Integration, Teilhabe, Vielfalt und Chancengerechtigkeit wird von der Verwaltung ausdrücklich anerkannt und bereits gelebt, wie etwa durch die organisationale Verankerung und Beteiligung der entsprechenden Beiräte und Beauftragte.

Diese Themen sind jedoch bewusst als Querschnittsaufgabe angelegt und ziehen sich durch zahlreiche Handlungsfelder sowie die Vision insgesamt.

Bereits die Vision formuliert das Ziel,

„Teilhabe in allen Lebensphasen zu ermöglichen und ein inklusives Umfeld zu schaffen, in dem Vielfalt selbstverständlich ist.“

Auch die Vorarbeiten der Strategiegruppe stellen Teilhabe, Vielfalt und Chancengerechtigkeit ausdrücklich als strategische Zielsetzung der Kernprodukte und Dienstleistungen heraus.

Gerade Integration betrifft nahezu sämtliche Aufgabenbereiche einer Stadtverwaltung – unter anderem Bildung, Soziales, Wohnen, Sicherheit, Arbeitsmarkt, Ausländerwesen, Personal, Bürgerdienstleistungen und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Verwaltung verfolgt daher bewusst den Ansatz, Integration nicht isoliert in einem einzelnen Handlungsfeld zu behandeln, sondern als übergreifenden Wert in allen relevanten Handlungsfeldern mitzudenken und umzusetzen. So findet sich dieser Wert auch als Anforderung im zu entwickelnden Projektmanagementsystem. Dadurch wird dem Querschnittscharakter des Themas umfassender Rechnung getragen.

Die Aufnahme eines eigenständigen Handlungsfeldes wird daher nicht empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag der SPD-Fraktion in den Punkten 1 bis 3 nicht zu übernehmen und an der vorgelegten Vision sowie den strategischen Handlungsfeldern festzuhalten. Die vorgeschlagenen Inhalte sind entweder bereits Bestandteil der strategischen Ausrichtung oder betreffen bestehende gesetzliche Zuständigkeiten und Rollen, die nicht Gegenstand einer strategischen Vision sind.

Protokoll:

Bürgermeister Knöppel ruft den TOP zusammen mit TOP 4 auf. Die Protokollierung erfolgt unter TOP 4.



Aktenzeichen: CDU

Datum:

Hinweis:

Bäder und Parken GmbH als alternativer Betreiber für den Fahrrad-Parkturn am Bahnhof
hier: Eilantrag der CDU-Stadtratsfraktion

Beratungsergebnis:

Gremium AFPS	Sitzung am 21.07.2026	Top 7.1	Öffentlich: ☒	Einstimmig: ☐	Ja-Stimmen: ☐
			Nichtöffentlich: ☐	Mit Stimmenmehrheit: ☐	Nein-Stimmen: ☐
Laut Beschluss- vorschlag: ☐	Protokollanmerkungen und Änderungen ☐	Kenntnisnahme: ☐	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt: ☒	Unterschrift:	
Abdruck an: A-S					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie / den folgenden **Eil-Antrag** auf die Tagesordnung der Sitzung des **Ausschusses für Finanzen, Personal und Sicherheit** am 2026-07-21 mit aufzunehmen.

Hintergrund

Die Schweizer V-Locker AG hat am 13. Juli 2026 beim zuständigen Gericht die Überschuldung angezeigt. Über die Eröffnung eines Konkursverfahrens entscheidet nun das zuständige Gericht. Bis zu dieser Entscheidung kann das Unternehmen – nach eigenen Angaben – keine weiteren Leistungen erbringen oder neue Verpflichtungen eingehen. Davon betroffen sind unter anderem der Betrieb und die technische Betreuung des „Fahrrad-Parkturns am Bahnhof“, sowie die Support-, Wartungs- und Reparaturleistungen.

Da im Moment, der mit V-Locker vertraglich vereinbarten Betrieb des Fahrrad-Parkturns für die Zukunft nicht sichergestellt werden kann, erscheint es uns unerlässlich, alternative Betreiberkonzepte zu evaluieren und die hierfür erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. In diesem Zusammenhang ist es für uns mehr als naheliegend, die Frankenthaler Bäder- und Parken-Betriebsgesellschaft mbH, welche bereits über die erforderliche Expertise in ähnlich gelagerten Aufgaben verfügt, als erste Alternative in Betracht zu ziehen.

Eil-Antrag

Wir beantragen, dass die Verwaltung **alle Vorbereitungen trifft**, um den „Fahrrad-Parkturm am Bahnhof“ **zukünftig** durch die, zu unserem Stadtkonzern gehörenden, **Frankenthaler Bäder- und Parken-Betriebsgesellschaft mbH betreiben zu lassen**.

Für Ihre Bemühungen vielen Dank im Voraus
und mit freundlichen Grüßen
Für die CDU-Fraktion

(Martin Schuff)

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat unmittelbar nach Bekanntwerden der wirtschaftlichen Situation der V-Locker AG (15.07.2026) sämtliche erforderlichen Prüfungen eingeleitet. Hierzu gehören selbstverständlich alle technisch, rechtlich und wirtschaftlich in Betracht kommenden Handlungsoptionen zur Sicherstellung des weiteren Betriebs des Fahrradparkturms.

Dies umfasst ausdrücklich auch die Prüfung einer möglichen Einbindung der Frankenthaler Bäder- und Parken-Betriebsgesellschaft mbH. Darüber hinaus werden weitere denkbare Lösungen bewertet. Zwischenzeitlich haben sich bereits private Unternehmen beziehungsweise Interessenten an die Verwaltung gewandt und ihre grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, sich an einer möglichen Fortführung des Betriebs oder einzelner Dienstleistungen zu beteiligen.

Die Verwaltung sieht es als ihre originäre Aufgabe an, in einer solchen Situation sämtliche Handlungsoptionen eigenständig, ergebnisoffen und ohne vorherige politische Einzelbeauftragung zu prüfen. Eine Beschränkung der Prüfung auf eine einzelne Lösung wäre demgegenüber weder sachgerecht noch im Interesse einer wirtschaftlichen und nachhaltigen Entscheidungsfindung.

Nach Abschluss der laufenden Prüfungen wird die Verwaltung den zuständigen Gremien einen Entscheidungsvorschlag vorlegen.

Protokoll:

Die Stellungnahme ist dem Protokoll beigelegt.



Aktenzeichen: CDU

Datum:

Hinweis:

**Situation an der Tom-Mutters-Schule
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion**

Beratungsergebnis:

Gremium AFPS	Sitzung am 21.07.2026	Top 7.2	Öffentlich: ☒	Einstimmig: ☐	Ja-Stimmen: ☐
			Nichtöffentlich: ☐	Mit Stimmenmehrheit: ☐	Nein-Stimmen: ☐
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
☐	☐	☐	☒		
Abdruck an: 40					

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie die **Eil-Anfrage** auf die Tagesordnung des **Ausschusses für Finanzen, Personal und Sicherheit** am 2026-07-20 mit aufzunehmen.

Eil-Anfrage

Die Verwaltung wird gebeten, über die aktuelle Situation an der Tom-Mutters-Schule und die von ihr angestrebten Lösungen zu berichten.

Begründung / Erläuterung

Aufgrund einer Besprechung mit dem Schulelternbeirat und der Berichterstattung in der Zeitung „Die Rheinpfalz“ ergibt sich nach wie vor keine zufriedenstellende Lösung. So sollen Kinder im Congressforum ohne pädagogisch notwendige Mittel „unterrichtet“ werden und andere Kinder, die das aufgrund ihrer Beeinträchtigungen teilweise nicht leisten können, in langen Busfahrten nach Hertlingshausen gebracht werden.

Auch soll der beabsichtigte Modulbau erst im Jahr 2030/2031 fertig gestellt werden, so die Informationen der Eltern.

Es droht also leider wieder erneut eine unzumutbare Situation für Kinder, die dazu nichts können.

Für Ihre Bemühungen vielen Dank im Voraus
und mit freundlichen Grüßen
Für die CDU-Fraktion

(Martin Schuff)

Protokoll:

Bürgermeister Knöppel verliest die Stellungnahme der Verwaltung, diese wird dem Protokoll beigefügt.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

Bekanntgabe der Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung

Beratungsergebnis:

Gremium AFPS	Sitzung am 21.07.2026	Top	Öffentlich: ☒	Einstimmig: ☐	Ja-Stimmen: ☐
			Nichtöffentlich: ☐	Mit Stimmenmehrheit: ☐	Nein-Stimmen: ☐
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
☐	☐	☐	☐		
Abdruck an:					

Protokoll:

Bürgermeister Knöppel gibt folgende Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekannt:

TOP 8	Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit	einstimmig beschlossen
TOP 9	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 9.1	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 9.2	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 9.3	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 10	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 11	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 12	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 13	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 14	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 15	Einstellung	einstimmig beschlossen
TOP 16	Umsetzung und Eingruppierung	einstimmig beschlossen
TOP 17	Verlängerung befristete Beschäftigung	einstimmig beschlossen
TOP 18	Entfristung	einstimmig beschlossen
TOP 18.1	Entfristung	einstimmig beschlossen
TOP 18.2	Entfristung	einstimmig beschlossen